ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Ölpreise - Europäischer Rat - EWS - Außenhandel - UdSSR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: Ölpreise - Europäischer Rat - EWS - Außenhandel - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 12, pp. 577-578

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135505

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KURZ KOMMENTIERT

Ölpreise

Lagerbestände als Waffe?

Die Sorge vor einer bevorstehenden neuen Runde von Ölpreiserhöhungen wächst. Um ihrerseits den Förderländern keinen Anlaß zu Preisanhebungen zu geben, haben die Energieminister der EG bei ihrem letzten Treffen vorgeschlagen, auf Zukäufe am freien Ölmarkt zu verzichten und so kräftige Steigerungen der Spotpreise zu vermeiden. Statt dessen sollen die Ölimportländer auf ihre hohen Lagerbestände zurückgreifen.

Der Appell zu einer zurückhaltenden Einkaufspolitik ist sicherlich berechtigt, wie die Erfahrung mit der letzten Preissteigerungswelle ab Ende 1978 gezeigt hat. Ein Vorratsabbau in den Wintermonaten entspräche überdies dem normalen Saisonrhythmus. Tatsächlich vermindern sich die Ölläger der 21 IEA-Länder gegenwärtig täglich um schätzungsweise 2,5 Mill. Barrel, so daß sie Ende März nächsten Jahres wieder etwa auf den Stand des Jahres 1978 vor dem Sturz des Schahs gesunken sein könnten. Ein gezielter Einsatz der Lagerbestände zur Preisberuhigung würde allerdings bedeuten, daß sich die Verbraucherländer abstimmen. Deswegen haben die EG-Minister schon selbst ihr Angebot mit der Einschränkung versehen, auch die anderen Industrienationen müßten sich zu einem entsprechenden Verhalten verpflichten.

In der Praxis wird es allein schon wegen der unterschiedlichen Organisation der nationalen Mineralölmärkte Schwierigkeiten geben. Vor allem aber ist die vorgeschlagene Waffe gegen Ölpreissteigerungen nur sehr begrenzt anwendbar. Die Lagerbestände sind zwar gegenwärtig sehr hoch; doch würde sich das bei einer länger anhaltenden Angebotslücke bald ändern. Sehr schnell müßte dann die Politik der Preisglättung in Konflikt geraten mit dem Bestreben zur Vorratshaltung für den Fall einer ernsten Versorgungskrise.

ma

Europäischer Rat

Ruhiger EG-Gipfel

Die Bedeutung des EG-Gipfeltreffens zu Beginn dieses Monats in Luxemburg lag primär im Gedankenaustausch. Wesentliche Beschlüsse wurden nicht gefaßt, waren aber wohl auch nicht zu erwarten in einer Phase des Übergangs – das Treffen fand zwischen abgeschlossenen deutschen und bevorstehenden französischen Wahlen statt, vor dem Wechsel in der amerikanischen Administration und der Neubesetzung der EG-Kommission.

Auf dem Gipfel war man vor allem bemüht, auf die gewachsene politische Bedeutung der Gemeinschaft in der Welt hinzuweisen und die Bereitschaft zu verstärkter interner Zusammenarbeit zu bekunden. Die Solidarität, wie sie im 2,7-Mrd.-DM-Kredit an Italien zum Ausdruck kommt, weist in diese Richtung. Andererseits zeigte sich aber, z. B. an der vage gehaltenen Nahosterklärung, wie groß noch die Spannweite politischer Auffassungen ist.

Für ein forciertes Selbstbewußtsein nach außen besteht auch insofern kein Anlaß, wenn man an die 1981 anstehenden internen (Finanzierungs-)Probleme denkt: Zwar wird überall der Sparwille betont und man ist sich einig, daß die Agrarpolitik besser gestaltet werden muß, um mehr Mittel für andere Aufgaben zu haben. Auch wurde auf dem Gipfel der verstärkte Einsatz der EG-Finanzierungsinstrumente für die Milderung der strukturellen Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Infrastrukturen, der wirtschaftlichen Lage in benachteiligten ländlichen Regionen usw. gefordert. Doch die Umsetzung der Grundsätze in die integrationspolitische Praxis erweist sich als ein dorniger Weg. Unterschiedliche Auffassungen über eine Erhöhung der Eigenmittel, über die Aufgabenstruktur etc. weisen darauf hin, daß der Luxemburger Gipfel wohl nur die Ruhe vor den Stürmen des Jahres 1981 war.

kr

EWS

Endphase verschoben

Mit ihrem Beschluß, die ursprünglich bis Ende März 1981 vorgesehene Übergangsphase des Europäischen Währungssystems zu verlängern, haben die Regierungschefs der beteiligten Länder der Tatsache Rechnung getragen, daß allein schon aufgrund rechtstechnischer Verzögerungen eine Einführung der zweiten Stufe zum geplanten Zeitpunkt nicht möglich ist.

Für die Endphase des EWS ist vorgesehen, den ECU als Reserveaktivum und Rechnungseinheit zu verwenden und dem Europäischen Währungsfonds 20 % der Währungsreserven der Mitgliedsländer zu übertragen. Letzteres erfordert jedoch einen zwi-

schenstaatlichen Vertrag bzw. eine Änderung des EWG-Vertrages mit parlamentarischer Ratifizierung. Zahlreiche rechtliche Einzelfragen sind aber noch ebenso ungeklärt wie die künftige Bedeutung des Fonds und seine Kompetenzen.

Auch unter wirtschaftspolitischen Aspekten ist eine Verschiebung der Endphase zu begrüßen. Grundlegende Voraussetzung für eine derartig starke Einbindung der Länder in eine Währungsgemeinschaft wäre nach wie vor eine Harmonisierung der nationalen Inflationsraten. Davon jedoch sind die beteiligten Länder weit entfernt. Eine zusätzliche Gefahr für ein verstärktes Auseinanderdriften der Preissteigerungsraten droht zudem im Zug der jüngsten Ereignisse im Nahen Osten und der damit verbundenen Erwartung möglicher Ölpreissteigerungen. Davon wären erfahrungsgemäß die einzelnen Länder in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Dies würde jedoch schon für das EWS in seinem jetzigen Stadium eine erneute Belastungsprobe darstellen. re

Außenhandel

Dialog EG-Japan

Das Handelsbilanzdefizit der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Japan wird sich in diesem Jahr auf 10 bis 11 Mrd. Dollar belaufen. Die vielfältigen Beschränkungen, die einzelne EG-Länder den Einfuhren aus Japan auferlegen, konnten diese Entwicklung nicht verhindern. So haben etwa die bilateral ausgehandelte Selbstbeschränkung japanischer Anbieter auf den britischen und französischen Automobilmärkten ebenso wie die Importquote auf japanische PKW-Lieferungen nach Italien eine Umlenkung der japanischen Ausfuhren auf die noch offenen EG-Märkte bewirkt und hier vor allem den Absatz britischer, französischer und italienischer Marken beeinträchtigt. Die EG-Kommission hat daher dem Rat der Gemeinschaften eine Globalstrategie für den Handel mit Japan vorgeschlagen, die mit einzelstaatlichen Maßnahmen und sektoralen Regelungen Schluß machen soll.

Wie nicht anders zu erwarten, hat der Ministerrat dieses Konzept nicht in reiner Form angenommen. Die Minister konnten sich aber immerhin auf eine gemeinsame Position einigen, die es der Kommission ermöglicht, Gespräche mit der japanischen Regierung aufzunehmen. in diesen Gesprächen wird die Kommission vor allem versuchen, Japan zu einer zurückhaltenden Exportpolitik und stärkeren Öffnung des Binnenmarktes zu bewegen.

Ein durchschlagender Erfolg dieser Bemühungen ist jedoch nicht zu erwarten, denn eine Drosselung der japanischen Verkäufe auf den EG-Märkten müßte letztlich zu forcierten Anstrengungen der japanischen Industrie auf zukunftsträchtigen Drittmärkten, etwa in den Ölförderländern, führen. Und eine nachhaltige Verbesserung des Zuganges europäischer Erzeugnisse zum japanischen Markt kann durch politisch-administrative Maßnahmen kaum noch erreicht werden. Hier sind vielmehr neue unternehmerische Strategien gefordert. Die geplante Zusammenarbeit zwischen dem Volkswagenwerk und Nissan bietet dafür ein gutes Beispiel. ko

UdSSR

Das Röhren-Gas-Geschäft

Größere Abhängigkeit von der Sowjetunion gegen sichere Arbeitsplätze? So könnte die Diskussion, die anläßlich des bevorstehenden Abschlusses des Röhren-Gas-Geschäfts aufgekommen ist, plakativ zusammengefaßt werden. Leisten wir nun mit diesem Vertrag Entwicklungshilfe für den Ausbau der sowjetischen Brennstoffbasis, oder ist es die Sowjetunion, die uns mit Großaufträgen aus der Krise hilft? Im Grunde ist beides richtig.

Berücksichtigt man die Gegebenheiten in Europa – dort reichlich vorhandene Rohstoffe, hier moderne Technologie, aber keine Rohstoffe –, dann besteht geradezu ein ökonomischer Zwang zu solchen Verträgen. Zwar stimmt es, daß Kompensationsverträge über Roh- und Brennstoffllefeerungen den Nachteil haben, daß wir zunächst liefern und uns auf die vertragsgetreue Erfüllung der zugesagten Gegenlieferungen verlassen müssen. Aber auch die Sowjetunion ist auf den Westen angewiesen. Nach jahrelangen autarkischen Bestrebungen hat sie die Modernisierung ihrer Wirtschaft mit Hilfe westlicher Technologien beschlossen. Diese grundlegende Wende ihrer Wirtschaftspolitik kann sie nicht ohne weiteres wieder rückgängig machen, zumal die inflexible Planwirtschaft kaum in der Lage wäre, solche Änderungen kurzfristig zu verkraften. Eine Nichterfüllung der Vertragsverpflichtungen dieser Größenordnung würde aber zwangsläufig den weiteren Zufluß westlicher Technologie stoppen. Dies um so mehr, je mehr westliche Länder an diesem Großauftrag beteiligt wären.

Für die Zukunft gilt: je mehr solcher Verträge abgeschlossen werden, desto größer die gegenseitige Abhängigkeit, desto stabiler die Grundlage der Ost-West-Beziehungen. bö